

Beschluss des Landesvorstands DIE LINKE.RLP Unter Beratung durch das Präsidium des Landesparteirats

1. Es gehört zu den politisch-moralischen Grundsätzen der Partei DIE LINKE, dass unsere gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger den Wählerauftrag optimal erfüllen. Deshalb haben sie sich in den Parlamenten und Selbstverwaltungsgremien auf der Basis der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen, Ordnungen und Satzungen zu Fraktionen zusammenzuschließen.
2. Unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die über Listen unserer Partei gewählt worden sind, betrachten dies als einen politisch-moralischen Auftrag der Wählerinnen und Wähler an unsere Partei und haben sich darum zu bemühen, dieser Tatsache auch individuell gerecht zu werden und dabei Programmatik und Beschlüsse der Partei zur Geltung zu bringen. Der Parteibasis steht das Recht zu, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die sich nicht mehr in der Lage sehen, diesem Auftrag dauerhaft gerecht zu werden, in angemessener Form und im Rahmen der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Bestimmungen die Mandatsrückgabe nahe zu legen. Wir erwarten, dass Mandatsträgerinnen und Mandatsträger einer solche Aufforderung auch nachkommen.
3. Unserer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger haben ihre politische Arbeit in ihren jeweiligen Fraktionen jederzeit und immer in gemeinsamer Solidarität zu organisieren und durchzuführen. Wir erwarten, dass etwaige Konflikte nicht über externe Medien ausgetragen sondern solidarisch intern gelöst werden. Weiterhin erwartet unsere Partei von ihren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, dass sie immer dann, wenn sie im Ausnahmefall eine weitere solidarische Fraktionsarbeit erheblich gefährdet oder dauerhaft unmöglich sehen, zuerst alle denkbaren Schritte unternehmen, diese Probleme solidarisch auch mit der Partei und ihren Gliederungen zu lösen.
4. Wenn für Mandatsträgerinnen oder Mandatsträger dennoch ein Fraktionsaustritt unvermeidbar erscheint, erwartet die Partei, dass diese das Mandat zurückgeben, damit rechtmäßige Nachrückerinnen und Nachrücker das jeweilige Amt für die Partei antreten und den Wählerauftrag erfüllen können.
5. Die Gliederungen unserer Partei tragen nicht nur ortsbezogene Verantwortung für das Ansehen und den politischen Erfolg unserer Partei. Deshalb ist es auch richtig und notwendig, dass sich die Landespartei immer dann solidarisch in etwaige Konflikte einbringt, wo massive negative Konsequenzen für die Gesamtpartei zu befürchten sind.
6. Wir begrüßen den Entschluss von Alexander Ulrich und Kathrin Senger-Schäfer gemäß ihres Auftrages durch die Parteitage unserer Landespartei auch weiterhin als Landesvorsitzende unsere Partei in die bevorstehende Landtagswahl zu führen und sprechen ihnen unser Vertrauen aus.